

E1 Putin die Grenzen aufzeigen!

Antragsteller*in: Landeskonferenz
Tagesordnungspunkt: 6 Antragsberatung

Antragstext

1 Putins Krieg, Putins Verantwortung

2 Europa ist im Krieg. Europa ist im Krieg um die Demokratie und die Freiheit. Mit
3 dem russischen Überfall auf die Ukraine hat Putin die halbwegs friedliche
4 Koexistenz demokratischer Staaten und dem autokratischen Russland vollends
5 beendet. Die neo-imperiale und neo-autokratische Motivation des Kremls, einen
6 völkerrechtswidrigen Angriffskrieg zu planen und letztlich durchzuführen, sind
7 durch nichts zu rechtfertigen. Mit dem Einmarschbefehl hat Putin die Schuld für
8 den Tod mehrerer zehntausender Menschen und für unermessliches Leid durch
9 Flucht, Vertreibung und Kriegsverbrechen auf sich und sein Regime geladen. Das
10 ist unverzeihlich und darf niemals ungesühnt bleiben. Die persönlich
11 Verantwortlichen müssen in einem gerechten und freien Verfahren unter Achtung
12 des Völkerrechts vor internationalen Gerichten für ihre Verbrechen zur
13 Rechenschaft gezogen werden.

14 Wir stellen fest:

- 15 • Die russische Führung ist für das Leid in der Ukraine verantwortlich.
- 16 • Der russische Überfall auf die Ukraine ist ein Verstoß gegen das
17 Völkerrecht und gegen die Menschlichkeit.
- 18 • Die russischen Streitkräfte begehen Kriegsverbrechen.

19 Wir fordern:

- 20 • die persönlich Verantwortlichen für diesen Krieg müssen in fairen und
21 gerichtlichen Verfahren, unter Achtung geltender völkerrechtlicher
22 Verträge zur Rechenschaft gezogen werden.

- die Aufarbeitung der bisherigen östlichen Nachbarschaftspolitik Deutschlands und insbesondere der SPD. Schwerwiegende Fehleinschätzungen hinsichtlich des russischen Regimes mit Blick auf seine Aggressivität müssen mit großer Selbstkritik reflektiert werden.

27 **Die Angst des Kremls vor der Demokratie**

28 Der russische Krieg gegen die Ukraine, der seit 2014 jedes Jahr Menschen das
29 Leben kostet und die Ukraine daran hindert, sich wirtschaftlich und
30 gesellschaftlich zu entfalten, ist der finale Ausdruck der Schwäche des
31 autokratischen Systems in Moskau. Spätestens seit 2007 versucht Putin mit einer
32 aggressiven völkerrechtswidrigen Außenpolitik in seiner Nachbarschaft und
33 darüber hinaus ein korruptes, autokratisches, oligarchisches System zu sichern.
34 Das politische System Russlands unter Putin lebt einzig und allein davon, dass
35 wenige feudalherrschaftlich anmutende Oligarch:innen mit Vetternwirtschaft und
36 Korruption den russischen Boden und die russische Bevölkerung ausbeuten, um sich
37 zu bereichern. Wer sein Land dermaßen ausbeutet, hat zu Recht Angst davor, dass
38 sich die Ausgebeuteten im In- und Ausland dagegen wehren. Aus purer Angst sich
39 nicht weiter durch die Ausbeutung Russlands ins Unermessliche bereichern zu
40 können, werden Menschen, die sich dieser Ungerechtigkeit entgegenstellen von den
41 Schergen der Kleptokrat:innen, ermordet, verhaftet oder anderweitig unterdrückt.
42 Die heimtückischen Mordanschläge auf Oppositionelle sind nur ein grausames
43 Beispiel unter vielen für die Methoden des Kremls. Die russische Führung ist,
44 wie der Einsatz von Nowitschok (Nervengift) nach innen und die rücksichtslose
45 Kriegsführung in der Ukraine nach außen zeigen, bereit, alles zu tun, um ihre
46 Macht und ihr Ausbeutungssystem zu sichern.

47 Wir stellen fest:

- Russland unter Putin ist eine Gefahr für die internationale Sicherheit und den Frieden in der Welt. Das Regime ist erklärte Feindin all unserer Grundwerte: Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität.
- Die russische Führung hat Angst davor Geld und Macht zu verlieren, wenn die Bevölkerung grundlegende politische Freiheiten und bürgerliche Rechte erhält.
- Jede Form von Demokratiebewegung in Russland oder in seiner direkten Nachbarschaft stellt eine Bedrohung für das kleptokratische politische System dar. Demokratisierungsbewegungen in der russischen Nachbarschaft haben gezeigt, dass kremltreue Regime von Ihrer Bevölkerung vertrieben werden, wenn sie die Freiheit bekommen über ihre Herrscher:innen in freien

59 Wahlen entscheiden zu dürfen.

- 60 • Je mehr ehemalige (Nachbar-)Staaten sich von einem korrupten System mit
61 Ablaufdatum abwenden, umso geringer werden die Renditen für die
62 kleptokratische Elite und sie sieht sich genötigt, wie Verbrecher:innen
63 Geld und Renditen von Nachbarstaaten zu erpressen oder sie sich mit Gewalt
64 zu holen.

65 **Unsere Antwort auf die neo-imperialen und neo-autokratischen Ausbeutungen**

66 Die Antwort auf die aggressiven und korrupten Ausbeutungsinteressen der
67 russischen Oligarchie muss auf dem entschiedenen Einstehen und Verteidigen
68 unserer Werte basieren. Russlands aggressive Führung ist einzig daran
69 interessiert, ihren obszönen Reichtum zu vermehren und wird deshalb niemals mit
70 ihrem Streben nach mehr Reichtum durch Ausbeutung aufhören. Um die Ausbreitung
71 des russischen Neo-Imperialismus und der darauffolgenden Unterdrückung
72 entgegenzutreten, müssen wir bedrohte Staaten vor Russland schützen. Dies
73 gelingt uns am besten, indem wir die Staaten bei ihrem Wandel zu stabilen und
74 resilienten Demokratien unterstützen. Je demokratischer und resilienter Staaten
75 sind, umso schwerer haben es Oligarch:innen mit korrupten Deals Einfluss zu
76 nehmen und ihr kleptokratisches System der Unterdrückung der Vielen und die
77 Privilegien der ganz Wenigen zu exportieren.

78 Wir fordern:

- 79 • den Beistand der internationalen Gemeinschaft für die Staaten, Regionen
80 bzw. deren Bevölkerung, die von russischen Aggressionen betroffen sind.
- 81 • die demokratische Stärkung von Staaten, die durch Russland bedroht werden.
82 Dies kann durch die Ausweitung von Integrationsbemühungen, etwa durch die
83 Ausweitung von Demokratieförderungsprogrammen der europäischen
84 Nachbarschaftspolitik gelingen.
- 85 • die prekäre sicherheitspolitische Lage von russischen Nachbarstaaten nicht
86 weiter zu ignorieren und Staaten, die in Gefahr sind, russische Gewalt
87 aufgezwungen zu bekommen, wehrfähig zu machen. Das beinhaltet militärische
88 Kooperationen in allen konventionellen Dimensionen der Kriegsführung,
89 außer der direkten Beteiligung von Bündnisstreitkräften an Kampfeinsätzen.

- 90 • die Freiheit für Staaten zu garantieren, ihre Bündnisse selbst zu wählen
91 zu können. Wir dürfen nicht mehr aus vermeintlicher Rücksicht auf
92 russische, sicherheitspolitische Beschwerden Bündnisbeitritte kategorisch
93 ausschließen. Gleichermaßen dürfen Bündnisbeitritte immer nur unter
94 Berücksichtigung der in den Bündnisverträgen festgelegten Verfahren
95 erfolgen, sodass eine Integrationskapazität und Bündnisstabilität
96 gewährleistet bleiben kann.

- 97 • die gezielte Verhinderung der Renditenmaximierung der russischen Elite,
98 indem wir ihr korruptes Handeln sanktionieren und ihre neo-imperiale
99 Ausbreitung durch gezielte schwerwiegende Sanktionen verhindern.
100 Effektivstes Mittel ist die Verhinderung von Geldströmen nach Russland in
101 die Taschen der Oligarch:innen.

- 102 • die gezielte und schnelle Abwendung von russischen Rohstoffimporten zur
103 Verhinderung der weiteren Querfinanzierung der russischen Kriegsführung.

- 104 • kurzfristige Erleichterungen für politisch und gesellschaftlich Verfolgte
105 aus Russland und Belarus, in Deutschland bzw. der EU Asyl zu beantragen.

106 **Europäische Perspektive für Russland**

107 Überdies bleibt festzuhalten, dass wir im Sinne unserer internationalistischen
108 Ausrichtung weiterhin das Ziel weltweiten Friedens und weltweiten Wohlstands
109 verfolgen. Russland in Gänze war und ist nicht "der Feind". Es sind die
110 russischen Eliten, das Militär, die Wirtschaft und Medien, die fast vollständig
111 durch regimetreue Personen geleitet werden, die große Teile der Bevölkerung für
112 ihre kleptokratischen Interessen missbrauchen. Bedenklich ist jedoch, wie viele
113 Menschen dem Kurs des russischen Regimes zu folgen scheinen. Trotz alledem wird
114 eine friedliche Zusammenarbeit mit Russland und der russischen Zivilgesellschaft
115 immer unser Ziel bleiben. Ein demokratisches und friedliches Russland könnte
116 einen der weitreichendsten Beiträge zur Erreichung einer friedlicheren und
117 gewaltfreieren Welt liefern. Nichtsdestotrotz können und werden die Gräueltaten
118 des Kremls nicht ungesühnt bleiben. Russland darf erst wieder auf
119 gewinnbringende Kooperationen mit der EU, NATO oder Deutschland hoffen, wenn es
120 sich wieder zu den grundlegendsten Prinzipien des Völkerrechts und der
121 Menschlichkeit bekennt. Die Jus post bellum darf unter gar keinen Umständen mit
122 Gewalt diktiert werden. Eine Nachkriegsordnung in der geteilten Nachbarschaft
123 der EU und Russlands darf einzig und allein auf Basis bindender Friedensverträge
124 organisiert werden. Verhandlungen über eine Nachkriegsordnung in Europa kann es
125 allerdings nur geben, wenn Russland bereit ist, Konflikte ohne Zwangsandrohungen

126 in Verhandlungen zu lösen. Erst wenn Russland den Pfad der Gewalt verlässt, kann
127 es und soll es eine Annäherung geben. Diesbezüglich sehen wir Russland nach
128 seinem Überfall auf die Ukraine und als Verursacher von Gewalt und Leid in der
129 Bringschuld.

130 Wir fordern:

- 131 • den Rückzug aller russischen Truppen, die völkerrechtswidrig im
132 postsowjetischen Raum stationiert sind. Insbesondere fordern wir einen
133 sofortigen Rückzug russischer Truppen aus der Ukraine, Georgien und der
134 Republik Moldau.

- 135 • die Rückgabe aller durch Russland völkerrechtswidrig annektierten Gebiete.

- 136 • ein Bekenntnis der russischen Führung zu Frieden, Freiheit und Demokratie
137 als friedenssichernde Grundlage für den Frieden in Europa.

- 138 • die Beteiligung Russlands und der russischen Eliten am Wiederaufbau von
139 Regionen, die durch russische Angriffe zerstört worden sind.

Begründung

erfolgt mündlich.